

Der Kampf um das Tafelsilber

Nur ein Fundament aus Gold sichere der Nationalbank dauerhaft eine eigenständige Handlungsfähigkeit. Mit dieser Auffassung stehen die Initianten der Goldinitiative allerdings allein auf weiter Flur. Nicht ein einziges Mitglied im Kantonalvorstand des BGV konnte sich für ein Ja erwärmen.

Mi. Im März 2013 reichten die Initianten ihr Volksbegehren mit 106 052 gültigen Unterschriften ein. Am 30. November wird der Souverän das letzte Wort zu den Forderungen der Initiative haben.

Kopfloze Goldverkäufe?

Den Anstoss zur Lancierung der Volksinitiative gaben die Goldverkäufe, welche die Schweizerische Nationalbank (SNB) seit der Jahrtausendwende vollzogen hatte. Die Nationalbank begann, ihre Goldreserven im Umfang von 2590 Tonnen sukzessive zu veräussern, und zwar rund 1550 Tonnen bis 2008.

Weil parallel zu den Verkäufen der Goldpreis vergleichsweise stark anstieg, sprachen die Initianten von einer der kopflosesten Massnahmen schweizerischer Währungspolitik überhaupt. Mit dem Verkauf des Edelmetalls zu einem historisch schlechten Preis sei Volksvermögen in der Grössenordnung von gegen 50 Milliarden Franken sinnlos vertan worden. Für die Initianten ist das Gold der währungspolitische Notgroschen. Sie erinnern daran, dass früher der Bundesrat selber – und auch die Nationalbank – immer wieder betont habe, die Goldreserven seien «unverkäufliches Tafelsilber».

Drei undurchdachte Forderungen

Gegensteuer wollen die Initianten mit einem dreiteiligen Forderungskatalog geben: Erstens soll die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten müssen. Zweitens dürfen diese harten Reserven künftig nicht mehr verkauft werden. Und drittens sei das Nationalbank-Gold zwingend in der Schweiz aufzubewahren.

Dieses Konzept des unveräusserlichen goldenen Notgroschens verfängt bei genauem Hinsehen nicht – auch wenn es auf Anhieb nicht unsympathisch erscheint.

«Die SNB muss die Preisstabilität gewährleisten.»

Es hätte zunächst verheerende Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und die Volkswirtschaft. Gegenwärtig hält die SNB nur 7,5 Prozent ihrer Aktiven in Gold. Die Nationalbank müsste für mehr als 60 Milliarden Franken Gold zukaufen, um die Initiative zu erfüllen. Dieses wäre danach unverkäuflich, dadurch würde die Glaubwürdigkeit der SNB stark beeinträchtigt. Bei einer Lockerung der Geldpolitik oder auch, wenn der Goldpreis fallen würde, müsste die Nationalbank zusätzlich Gold kaufen, entgegen dem, was eigentlich ihr Auftrag wäre: nämlich, die Preisstabilität unter Berücksichtigung der Konjunktur zu gewährleisten. Zudem darf nicht unterschlagen werden, dass Gold nicht mehr die sichere Anlage ist, die sie einmal gewesen ist. So sank der Goldpreis im Jahr 2013 um 30 Prozent.

Auch die Forderung, das Gold nur noch in der Schweiz zu lagern, macht wenig Sinn. 70 Prozent des Goldes der SNB befinden sich schon jetzt in der Schweiz. Die restlichen 30 Prozent liegen in Kanada und in Grossbritannien. Das ist für den Fall einer Krise auch sinnvoll. Die ursprüngliche Befürchtung der Initianten, es würden auch in den USA Goldreserven gelagert, hat sich offenbar in Luft aufgelöst.

Auch Kantone dagegen

Eine Annahme des Volksbegehrens würde nicht zuletzt die an den SNB-Gewinnen partizipierenden Kantone benachteiligen, da Goldreserven keine Zinsen abwerfen und Kursgewinne wegen des Verkaufsverbots nicht realisiert werden könnten. Das Verdikt im Stöckli war denn auch so klar, dass nicht einmal abgestimmt werden musste; kein Mitglied des Ständerates hatte für ein Ja zum Volksbegehren geworben. Chancenlos war die Goldinitiative auch im Nationalrat. Lediglich 20 Vertreter der SVP stimmten ihr zu. Mehr als die Hälfte der eigenen Nationalratsfraktion übte sich in der Stimmenthaltung. Auch der Kantonalvorstand des BGV empfiehlt einstimmig, die Initiative abzulehnen.



Museo del Oro in Bogotá: Dort ist alles Gold, was glänzt.

